

Stephan Meyn

Bürgerbeteiligung an der Verwaltung am Beispiel der Hamburgischen Deputationen

Veraltete Beteiligungsform oder
bewährtes Mitwirkungsinstrument

MOREMEDIA



Springer VS

Bürgerbeteiligung an der Verwaltung am Beispiel der Hamburgischen Deputationen

Stephan Meyn

Bürgerbeteiligung an der Verwaltung am Beispiel der Hamburgischen Deputationen

Veraltete Beteiligungsform oder
bewährtes Mitwirkungsinstrument

Stephan Meyn
Sibbesse, Deutschland

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Verwaltungswissenschaften (Dr. rer. publ.) an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer,
Speyer im Jahre 2021

Erstgutachter: apl. Prof. Dr. Christian Koch
Zweitgutachter: Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch
Datum der Einreichung: 08.08.2020
Datum der Disputation: 26.01.2021

ISBN 978-3-658-34401-6 ISBN 978-3-658-34402-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-34402-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Verlage. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geographische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Stefanie Eggert

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

*„Demokratie braucht Bürgerbeteiligung,
Meinungsaustausch und transparente
Entscheidungen. Sie sind das beste Mittel
gegen Politikmüdigkeit und
Demokratieverdrossenheit.“*

Wolfgang Schäuble als
Bundesinnenminister (hier: Amtsinhaber
von 2005 bis 2009), heute Präsident des
Deutschen Bundestages

Vorwort und formale Hinweise

Danksagung: Zunächst bedanke ich mich bei den folgenden Personen, die mich während der Bearbeitung meiner Dissertation insbesondere unterstützt haben:

Herrn Prof. Dr. Christian Koch...	für seine Bereitschaft und Mühe als Erstbetreuer und Ansprechpartner in allen grundsätzlichen wissenschaftlichen Fragen.
Herrn Prof. Dr. Stefan Fisch...	für seine Bereitschaft und Mühe als Zweitbetreuer und den Austausch in verwaltungshistorischen Fragen.
Frau Rowena Gerjets...	für ihre moralische Unterstützung, Gedankenanstöße und das Korrekturlesen.
Herrn Bastian Meyn...	für sein abermaliges Gegenlesen.
Frau Britta Meyn...	die den Grundstein für alles Weitere gelegt hat.

sowie allen Bibliotheken und Staatsarchiven, die ich in Anspruch genommen habe. Daneben danke ich Herrn Klaus Dieter Klauser vom Königlichen Geschichts- und Museumsverein für die Bereitstellung und Nutzungserlaubnis der politischen belgischen Karte. Ein ganz besonderer Dank gilt abschließend allen Teilnehmern der empirischen Befragungen. Ihre Teilnahme war für mich nicht selbstverständlich.

Zur Geschlechterneutralität: Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit lediglich die männliche Sprachform bei personenbezogenen Substantiven und Pronomen verwendet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral zu verstehen sein und die Lesbarkeit vereinfachen.

Zu Originalzitate/zur Transkription: Ferner wird darauf hingewiesen, dass die im Text aufgeführten und so gekennzeichneten Originalzitate und Ausschnitte aus den Transkriptionen der empirischen Erhebungen unverändert – das heißt inklusive möglicher veralteter deutscher Rechtschreibung und anderer Fehler – übernommen sind. Besonders wichtige Zitate ohne Einbettung in den Satz werden versetzt und eingerückt in kursiver Schrift dargestellt. Die Ausschnitte aus den Transkriptionen sind bestmöglich anonymisiert, um die Identität der Befragten zu wahren (vgl. Abschnitt 2.2.2 wegen der Transkriptionsart).

Zur Verwendung von Rechtsnormen: Die Fundstellen der zitierten Rechtsnormen befinden bei der Nutzung einer Abkürzung unmittelbar im Abkürzungsverzeichnis, andernfalls direkt im Text.

Zur Nutzung von Bürgerschaftsdrucksachen: An vielen Stellen verweist die vorliegende Arbeit auf Drucksachen der Hamburgischen Bürgerschaft, die nicht gesondert im Literaturverzeichnis aufgeführt sind. Es handelt sich dabei um Bürgerschaftsdrucksachen (z. B. Anträge oder Anfragen) und Plenar- bzw. Ausschussprotokolle. Diese Drucksachen können ab der 16. Wahlperiode (1997) unter <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokumentennummer> mit der jeweils in Klammern angegebenen Dokumentennummer abgerufen werden. Die Dokumentennummer setzt sich aus der Wahlperiode (z. B. 21) und einer fortlaufenden Nummer zusammen. Ältere stenographische Berichte der Hamburgischen Bürgerschaft (z. B. aus der Zeit der Verfassungsgebung der späten 1940er und frühen 1950er Jahre) sind unter <https://digitalisate.sub.uni-hamburg.de/startseite.html> und dem Stichwort „stenographischer Bericht Bürgerschaft“ einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Beschreibung des Forschungsgegenstandes	3
1.2	Wandel des Forschungsgegenstandes	4
1.3	Untersuchungsthesen	5
1.4	Stand der Forschung	6
1.4.1	Wandel der Bürgerbeteiligung	7
1.4.2	Deputationen als Betrachtungsgegenstand	8
1.5	Begriffsdefinitionen	10
1.5.1	Abgrenzung Bürgerbeteiligung vs. Mitwirkung vs. Partizipation	10
1.5.2	Abgrenzung Legalität vs. Legitimität vs. Legitimation	11
1.5.3	Weitere Begriffsdefinitionen	12
2	Methodik	13
2.1	Empirische, quantitative Datenerhebung	13
2.1.1	Vorüberlegungen zur quantitativen Datenerhebung	14
2.1.2	Weg der Befragung – webbasierter Online-Fragebogen	15
2.1.3	Entwicklung des Fragebogens	16
2.1.4	Befragungstool – SoSci Survey	17
2.1.5	Pretest	18
2.2	Ergänzender qualitativer Ansatz	18
2.2.1	Auswahl des Befragungsinstrumentes	19
2.2.2	Transkription	20

2.2.3	Auswertungsmethodik – qualitative Netzwerkanalyse	20
2.3	Juristische Auslegungsmethodik	21
3	Historische Einordnung der Deputationen	25
3.1	Neuzeitliche Entwicklung ab 1563	26
3.1.1	Teilhabe, Rechte und Pflichten der Bürger	27
3.1.2	Charakter des Verwaltungswesens	28
3.2	Deputationen zu Zeiten der Weimarer Republik	30
3.3	Vorläufiges Ende der Deputationen im Dritten Reich	35
3.4	Deputationen nach 1945	36
3.5	Zwischenfazit der historischen Betrachtung	40
4	Deputationen zu Zeiten der Bundesrepublik Deutschland bis zur Abschaffung	43
4.1	Rechtslage	43
4.1.1	Zusammensetzung und Wahl der Deputationen	44
4.1.2	Aufgaben der Deputationen	45
4.1.3	Arbeitsweise der Deputationen	46
4.2	Reform der Deputationen	47
4.2.1	Parlamentsreform – Inkompatibilität (1971)	48
4.2.2	Verfassungsreform (1996)	48
4.2.3	Erweiterung der Wählbarkeit für Unionsbürger (2002)	49
4.2.4	Überarbeitung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden (2005)	50
4.2.5	Einheitliche Präsentation der Deputationen (2018)	52
4.3	Diskussion um die Abschaffung der Deputationen	52
4.3.1	Antrag der Grünen-Fraktion (2014)	53
4.3.2	Antrag der AfD-Fraktion (2019)	53
4.3.3	Abschaffung in der 22. Wahlperiode (2020)	55
5	Ergebnisse der empirischen Erhebung	59
5.1	Ergebnisse der quantitativen Datenerhebung der Deputierten	59
5.1.1	Deskriptive Beschreibung der Struktur der Befragten	60
5.1.2	Aussagen zur Auswahl der Mitglieder	65
5.1.3	Aussagen zum Charakter der Deputationen	68
5.2	Erkenntnisse aus der qualitativen Befragung der Deputierten	76
5.2.1	Netzwerkanalyse der Telefoninterviews	76

5.2.1.1	Einfluss	77
5.2.1.2	Austausch	80
5.2.1.3	Parteihabhängigkeit	82
5.2.1.4	Mitwirkung	83
5.2.1.5	Zusammenfügung: Visualisierung der Netzwerke	84
5.2.1.6	Exkurs: Reformbedarf	85
5.2.2	Analyse der schriftlichen Beantwortung	87
5.2.2.1	Einfluss	87
5.2.2.2	Austausch	89
5.2.2.3	Parteihabhängigkeit	90
5.2.2.4	Mitwirkung	91
5.2.2.5	Reformbedarf	93
5.2.3	Zusammenführung	94
5.3	Auswertung der Antworten der Parteien	95
6	Staats- und verfassungsrechtliche Einordnung	101
6.1	Demokratieprinzip	101
6.1.1	Theorie der ununterbrochenen Legitimationskette	102
6.1.2	Deputationen: Unzweifelhafte Legitimation	103
6.1.3	Volksbegriff	104
6.1.4	Deputationen: Nicht unproblematischer Volksbegriff	105
6.1.5	Parteiendemokratie	106
6.2	Gewaltenteilung – Gewaltenschränkung	110
6.3	Ergänzende systematisch-teleologische Betrachtung	112
6.3.1	Systematischer Zusammenhang	112
6.3.2	Sinn und Zweck des Deputationswesens	113
7	Vergleichende Länderbetrachtung	115
7.1	Deputationen im Land Bremen	115
7.1.1	Zuständigkeiten und Zusammensetzung	115
7.1.2	Historie	117
7.1.3	Anhaltende Gewaltenschränkung	119
7.1.4	Trennung in Landes- und Gemeindeangelegenheiten	120
7.1.5	Zwischenfazit zu den Bremischen Deputationen	121
7.2	Mitwirkung an der Verwaltung in anderen Ländern	121
7.2.1	Preußische Städteordnung des Freiherrn vom Stein	122
7.2.2	Heutige Mitwirkung zugewählter Bürger an der (kommunalen) Verwaltung	123
7.2.3	Auflösung der Deputationen im Land Berlin 1971	126

7.2.4	Deputationen in Lübeck	127
7.3	Mitwirkung an der bezirklichen Verwaltung Hamburgs	129
7.4	Zwischenfazit aus dem Ländervergleich	131
8	Diskussion	133
8.1	Auseinandersetzung mit der Kritik an den Deputationen	133
8.1.1	Verschwiegenheit und Intransparenz	135
8.1.2	Zusammensetzung nach dem Parteienproporz	137
8.1.3	Nicht zeitgemäße, ineffektive Mitwirkungsform	139
8.1.4	Ausreichend andere Kontrollinstrumente	142
8.1.5	Stichentscheid der Behördenleitung	143
8.1.6	Auseinandersetzung mit den Aussagen von Mulert und Kreutzer	144
8.1.7	Unbekanntheit der Deputationen	146
8.1.8	Deputationen tragen zum Fachkräftemangel bei	147
8.2	Königsweg des Transparenzgebotes (Hamburgisches Transparenzgesetz)?	147
8.2.1	Grundlagen des Hamburgischen Transparenzgesetzes	148
8.2.2	Bezug zu den Deputationen	149
8.2.2.1	Gesetzesevaluation – Auswirkungen auf die Verwaltung?	150
8.2.2.2	Ausnahmen von der Informationspflicht	150
8.2.3	Zwischenfazit zur Verknüpfung von Deputationen und dem Hamburgischen Transparenzgesetz	152
8.3	Reformvorschläge – Ersatz von Funktionen	153
8.3.1	Disziplinierung der Personalauswahl	154
8.3.2	Künftige Einbindung von Fach- und Sachverstand	155
8.3.3	Exkurs: offener Bürgerdialog als Gegenmodell und Ergänzung zum geschlossenen Deputationswesen	156
8.3.3.1	Rahmenbedingungen – zunehmende Föderalisierung Belgiens	157
8.3.3.2	Einführung des permanenten Bürgerdialogs in Ostbelgien	158
8.3.3.3	Weitere Beispiele für die Einbindung des Losverfahrens in modernen Demokratien	161
8.3.3.4	Permanenter Bürgerdialog als Modell für Hamburg	163

9 Schlussbetrachtungen	165
9.1 Zu den Untersuchungsthesen	165
9.2 Zur Reichweite der Ergebnisse und Methodenkritik	167
9.3 Weiterführende Betrachtung und Ausblick	168
Literaturverzeichnis	171

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft/Union
AfD	Alternative für Deutschland
Art.	Artikel
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, GVBl. Bbg I/07, S. 286, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2020, GVBl.Bbg I/20, Nr. 38
BezVG	Bezirksverwaltungsgesetz Hamburg, HmbGVBl. 2006, S. 404, zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2021, HmbGVBl. S. 64
BezVwG BE	Bezirksverwaltungsgesetz Berlin, GVBl. BE 2011, 692, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.01.2011, GVBl. BE S. 74
BezWahlG	Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen, HmbGVBl. 2004, S. 313, 318, zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 2018, HmbGVBl. S. 376
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIS	Behörde für Inneres und Sport (Hamburg)
BremAbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft vom 16. Oktober 1978, BremGBI. 209, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 2020, BremGBI. S. 469
BremGBI	Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
BremLV	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947, BremGBI. S. 251, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 2019, BremGBI. S. 365

BremWahlG	Bremisches Wahlgesetz, BremGBL. 1990, S. 321, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. September 2018, BremGBL., S. 411
BUE	Behörde für Umwelt und Energie (Hamburg)
BürgGO	Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, Amtlicher Anzeiger 2015, S. 613
BüWG	Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft, HmbGVBl. 1986, S. 223, zul. geändert durch Gesetz vom 13. September 2019, HmbGVBl., S. 280
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BverfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht, BGBL. 1993 I, S. 1473, zuletzt durch Gesetz vom 20. November 2019, BGBL. I S. 1724
BverwG	Bundesverwaltungsgericht
BverwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DepG	Gesetz über die Deputationen (Bremen), BremGBL. 2001 S. 383, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 2019, BremGBL. S. 575
EntschädLG	Gesetz über Entschädigungsleistungen anlässlich ehrenamtlicher Tätigkeit in der Verwaltung, HmbGVBl. 1963, S. 111, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2020, HmbGVBl. S. 380, 384
f. / ff.	folgend (Einzahl/Mehrzahl)
FDP	Freie Demokratische Partei
FÖV	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer
GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, Gesetzblatt 2000, 581, ber. S. 698, zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Dezember 2020, Gesetzblatt S. 1095, 1098
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, BGBL. S. 1, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. September 2020, BGBL. I S. 2048
GO Bay	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, GVBl. Bay 1998, S. 796, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. März 2021, GVBl. Bay S. 74
GO Dep BIS	Geschäftsordnung für die Deputation der Behörde für Inneres und Sport in der Fassung vom 19.10.2010

GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, GV NRW 1994, S. 66, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. September 2020, GV NRW S. 916
GO RP	Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz, GVBl. 1994, S. 153, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2020, GVBl. RP S. 728
GO SH	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, GVOBl. SH 2003, S. 57, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. September 2020, GVOBl. SH S. 514
Groß-Hamburg-Gesetz	Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen, RGBl. 1937 I, S. 91
GV. NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl. Bay	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
GVBl. Bbg	Gesetz- und Verordnungsblatt Brandenburg
GVBl. BE	Gesetz- und Verordnungsblatt Berlin
GVBl. HE	Gesetz- und Verordnungsblatt Hessen
GVBl. LSA	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz
GVBl. TH	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen
GVOBl. M-V	Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern
GVOBl. SH	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein
HGO	Hessische Gemeindeordnung, GVBl. HE I 2005, 142, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2020 GVBl. S. 915
HmbArchG	Hamburgisches Archivgesetz, HmbGVBl. 1991, S. 7, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 2005, HmbGVBl. S. 233, 239
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HmbTG	Hamburgisches Transparenzgesetz, HmbGVBl. 2012, S. 271, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019, HmbGVBl. S. 19, ber. 56
HmbVwVfG	Hamburgisches Verwaltungsverfahrensgesetz, HmbGVBl. 1977, S. 333, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 2020, HmbGVBl. S. 171

HVerf	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952, HmbGVBl. S. 51, zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2020, HmbGVBl., S. 559
HVerfG	Hamburgisches Verfassungsgericht
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes, BGBl. 2005 I S. 2722, zuletzt geändert durch Gesetz v. 19. Juni 2020, BGBl. I S. 1328
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
KrO NRW	Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994, GV NRW S. 646, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. September 2020, GV. NRW S. 916
KrO SH	Kreisordnung für Schleswig-Holstein vom 28. Februar 2003, GVOBl. SH 2003 S. 94, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. September 2020, GVOBl. SH S. 514
KSVG SL	Kommunalselbstverwaltungsgesetz Saarland, Amtsblatt 1997, S. 682, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Dezember 2020, Amtsblatt I S. 1341
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, GVOBl. M-V 2011, S. 777, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2019, GVOBl. M-V S. 467
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, GVBl. LSA 2014, S. 288, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. März 2021, GVBl. LSA S. 100
MdHB	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, Nds. GVBl. 2010, 576, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17 Februar 2021, Nds. GVBl. S. 64
NSA	National Security Agency
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung, SächsGVBl. 2018 Nr. 4, S. 62, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2020, SächsGVBl. S. 722
SächsGVB	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

sog.	sogenannte/r
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGH	Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung, GVBl. TH 2003, 41, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2021 GVBl. TH S. 115
u.a.	unter anderem
Verf NRW	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, GV NRW 1950, S. 127, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2019, GV NRW S. 202
VwBehG	Gesetz über Verwaltungsbehörden, Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 2000-a, zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2020, HmbGVBl., S. 559
WRV	Weimarer Reichsverfassung, RGBl. 1919, S. 1383
Z.	Zeile (bezogen auf das Transkript)
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1	Auswirkungen des Groß-Hamburg-Gesetzes auf die Erweiterung der Kernstadt	36
Abbildung 5.1	Rücklaufstatistik	60
Abbildung 5.2	Geschlechterstruktur der Befragten	62
Abbildung 5.3	Altersstruktur der Befragten	62
Abbildung 5.4	Parteimitgliedschaften der Befragten	63
Abbildung 5.5	Mitgliedschaft nach Parteienvorschlägen	63
Abbildung 5.6	Verteilung der Befragten auf die elf Deputationen	65
Abbildung 5.7	Vorerfahrung der befragten Deputierten aus anderen politischen Gremien	66
Abbildung 5.8	Initiative zur Mitgliedschaft in der Deputation	67
Abbildung 5.9	Chance zur Mitgliedschaft in der Deputation	67
Abbildung 5.10	Deputationen als Abbild der Gesellschaft	68
Abbildung 5.11	Gründe für die Auswahl zum Deputierten	69
Abbildung 5.12	Charakter der Deputationen	71
Abbildung 5.13	Aufteilung der Deputationen in Regierung und Opposition	72
Abbildung 5.14	Beschlüsse in den Deputationen	72
Abbildung 5.15	Einwände der Opposition	73
Abbildung 5.16	Öffentlichkeit der Deputationen	73
Abbildung 5.17	Weitergabe der Informationen	74
Abbildung 5.18	Nutzung der Informationen im Parlament	74
Abbildung 5.19	Bürgerbeteiligung durch Deputationen	75
Abbildung 5.20	Bekanntheit der Deputationen	75
Abbildung 5.21	Schematische Darstellung der Beziehungen im Bereich Einfluss	80

Abbildung 5.22	Schematische Darstellung der Beziehungen im Bereich Austausch	81
Abbildung 5.23	Schematische Darstellung der Verbindungen von Parteien und Deputierten	83
Abbildung 5.24	Visualisierung der Netzwerke	85
Abbildung 5.25	Erweiterte Visualisierung der Netzwerke	95
Abbildung 8.1	Regionen und Gemeinschaften in Belgien	158
Abbildung 8.2	Schematischer Ablauf des permanenten Bürgerdialogs in Ostbelgien	161

Tabellenverzeichnis

Tabelle 5.1	Mitgliedschaft nach Parteilenvorschlag – Abweichung	64
Tabelle 7.1	Übersicht der Zuvählbarkeit von Bürgern in die Ausschüsse der Gemeindevertretungen	125
Tabelle 8.1	Übersicht der Kritikpunkte an den Deputationen	134